

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2010)

Heft: 2: Das Atommüllproblem ist nicht gelöst

Vorwort: Scheindemokratie beim Atommüll

Autor: Fasnacht, Jean-Jacques

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

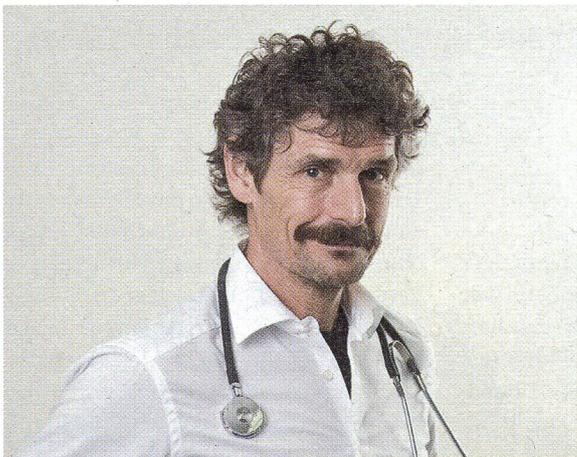
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Scheindemokratie beim Atommüll



Von Dr. med. **JEAN-JACQUES FASNACHT**,
Co-Präsident von KLAR! Schweiz, fasnachtjj@bluewin.ch

Pseudo-Verfahren für entmündigte Betroffene

Die Botschaft aus Bern ist unmissverständlich, ein Atommülllager würde der betroffenen Region auch gegen ihren Willen aufgezwungen. Das Dilemma ist bekannt. Den tödlich für Tausende von Generationen strahlenden Atommüll will niemand.

Zu Recht, denn es gibt keine Garantie für die Sicherheit der Betroffenen, grundlegende Sicherheitsfragen sind ungelöst, und eine radioaktive Abfalldeponie wird eine gesamte Region entwerten. Dass ein Atommülllager einer Region massiv schadet, konnte eine umfassende und vom Kanton Schaffhausen in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchung unlängst belegen. Die äusserst gereizte Reaktion der Bundesbehörden darauf war denn auch nicht überraschend, da negative Aspekte zu einem Atommülllager unwillkommen sind und Bern sich ausbedingt, das Auswahlverfahren in Eigenregie zu lenken. Mit einem sogenannten und vollkommen unverbindlichen Partizipationsverfahren, dessen Regeln zwar niemand kennt, versucht der Bund nun die unabdingbare nötige Akzeptanz einer Region nachzuweisen. Denn in der Schweiz dürfen die direkt Betroffenen nicht mehr über Atommülldeponien und damit über ihre Zukunft bestimmen, nachdem sich der Kanton Nidwalden in demokratischer Art und Weise gegen ein Atomendlager am Wellenberg ausgesprochen hatte. Damit genügt die Schweiz aber nicht mehr internationalem Standard. In Schweden und in Finnland beispielsweise entscheiden immer noch die betroffenen Kommunen abschliessend und autonom, ob ein Atommülllager akzeptiert wird oder nicht.

Augenwischerei und unlautere Lockangebote

Mit Entrüstung haben die von einem möglichen radioaktiven Abfalllager betroffenen Regionen zur

Kenntnis nehmen müssen, dass sie bloss noch bei der Gestaltung der Oberflächenanlagen mitreden dürfen. Unter anderem wird tunlichst vermieden, die Notwendigkeit eines wegen potenzieller terroristischer Übergriffe militärisch abgeschirmten Bezirks zu thematisieren. Auch die möglichen katastrophalen Gefahren eines zum Beispiel im Zürcher Weinland nur knapp 500 Meter unter der Oberfläche gelegenen «Minenfeldes» mit hochradioaktivem Atommüll mit einer Fläche von acht Quadratkilometern und vielen ungeklärten wissenschaftlichen Fragen dazu sollen nicht mehr offen zur Diskussion stehen. Als Affront empfindet KLAR! Schweiz, dass die Bundesbehörden im Rahmen des Partizipationsverfahrens der Bevölkerung mögliche ökonomische Vorteile eines Atommülllagers schmackhaft machen wollen. Das stellt prinzipiell die unumgänglich notwendige Unvoreingenommenheit der Bundesämter in Frage!

Entschiedener Widerstand

Bereits haben sich die verschiedenen regionalen Oppositionsgruppen vernetzt. Denn für sie gibt es in Sachen Atommüll kein Schwarzpeterspiel: Atommüll gehört ganz einfach nicht in dicht bevölkerte Regionen. Vergebens wartet die Opposition bis heute auf die vom Bund hoch und heilig längst versprochene finanzielle Unterstützung, damit sie sich mit gleich langen Spiesen in das Auswahlverfahren einbringen kann. Dem Bund ist zu empfehlen, ein neues, sachgerechtes und faires Auswahlverfahren mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Betroffenen in die Wege zu leiten und den Umstand zu berücksichtigen, dass auf der Erdoberfläche Menschen leben und arbeiten, die nicht mit den Risiken einer möglichen radioaktiven Abfalldeponie in ihrem Untergrund leben können und wollen! Und für diese Menschen steht ausser Frage, dass Atomstrom mit seinen damit verbundenen immensen Gefahren und dem ungelösten Atommüllproblem ein Auslaufmodell ist. <

Dr. med. Jean-Jacques Fasnacht, Landarzt in Benken, ist Co-Präsident von KLAR! Schweiz, der grössten Oppositionsgruppe der Region Benken gegen eine atomare Endlagerung in Zürich. Zudem ist er Vorstandsmitglied der atomkritischen Ärzteorganisation PSR/IPPNW Schweiz und der Allianz «Nein zu neuen AKW» (ANNA). Zentrum seines Lebens ist seine Familie «und damit auch meine grosse Verantwortung meinen Kindern und Enkelkindern gegenüber». Deshalb ist Jean-Jacques Fasnacht klar gegen den Ausbau von Atomenergie in der Schweiz – und ist überzeugt, dass es mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz funktionieren kann und muss.